

Europawahl 2019

Zwischen dem 23. und 26. Mai 2019 finden in den Mitgliedsländern der Europäischen Union die neunten Direktwahlen zum Europaparlament statt.

Am 26. Mai 2019 ist in Deutschland Wahltag.

Das Europäische Parlament ist als demokratische Vertretung der Bürger*innen der Europäischen Union das einzige direkt gewählte und legitimierte Organ der Europäischen Union. Es bestimmt mittlerweile über fast alle EU-Gesetze mit sowie über deren Inkrafttreten.

Insgesamt wird es nach der Europawahl 705 Europaabgeordnete geben. Aus Deutschland ziehen 96 Abgeordnete ins Europäische Parlament ein. Rechtsgrundlage der Europawahl ist Artikel 223 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU, jedoch unterliegt die konkrete Durchführung einer Reihe weiterer europäischer und nationaler Vorschriften. Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts mit Listenvorschlägen. Jede Wähler*in verfügt über eine Stimme, mit der er/sie einen Listenvorschlag einer Partei oder einer politischen Vereinigung wählen kann.

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB)

Ansprechpartner: Wilfried Wienen
Post Bernhard-Letterhaus-Str. 26, D-50670 Köln
Tel +49 (0) 221-7722-0
Fax +49 (0) 221-7722-116
Mail wilfried.wienen@kab.de

V.i.s.d.P. Maria Etl, KAB Bundesvorsitzende

Weitere Infos zur Europawahl auf der Website der KAB
<https://www.kab.de>

klimaneutraler Druck auf Recyclingpapier
Titelbild: „Pulse of Europe, Köln“ ©Superbass



MENSCHENWÜRDIG, NACHHALTIG, MITBESTIMMT

KAB zur Europawahl 2019



**Unsere
Forderungen
für ein besseres
EUROPA**

MENSCHENWÜRDIG, NACHHALTIG, MITBESTIMMT

Die Zukunft der Arbeit gestalten

Die Gestaltung des digitalen und ökologischen Wandels in Wirtschaft, Arbeitswelt und Gesellschaft ist eine gemeinsame Herausforderung für die europäische Politik. Beide Entwicklungen werden uns alle betreffen, denn Sie werden die Bedingungen wie auch das Verständnis von Arbeit weiter verändern. Bereits heute ist die Polarisierung in der Verteilung der Arbeit zwischen hochqualifizierten und geringer qualifizierten Arbeitnehmer*innen spürbar. Flexible Beschäftigungsformen, die auf den Vormarsch sind, stellen das Arbeitsrecht in der EU ebenfalls vor neue Herausforderungen. Die Grenze zwischen dem Arbeitsleben und dem Privatleben verschwimmt zusehends.

Der digitale und ökologische Wandel muss so gestaltet werden, dass er eine menschenwürdige, nachhaltige und mitbestimmte Arbeitswelt für alle schafft. Diese Ziele bauen auf dem Konzept einer Wirtschaft auf, die der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen dient. Dem Europäischen Parlament kommt bei dieser Gestaltungsaufgabe eine herausragende Rolle zu. In der kommenden Legislaturperiode des Europaparlaments bis zum Jahre 2024 müssen die Weichen entsprechend gestellt werden.

Als KAB haben wir unsere Forderungen an die künftigen Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf das Thema „Zukunft der Arbeit“ fokussiert.

Als KAB messen wir die Parteien und die Kandidat*innen daran, ob Sie den Umbau zu einem sozialen, gerechten und menschenwürdigen Europa vorantreiben wollen.

Als KAB erteilen wir den nationalistischen, rechtspopulistischen und antieuropäischen Parteien, die Mandate im zukünftigen Europäischen Parlament anstreben, eine klare Absage.

Diskutieren Sie über unsere Forderungen!

Gehen Sie zur Wahl!



Maria Etl,
Bundesvorsitzende
der KAB Deutschlands



Andreas Luttmner-Bensmann,
Bundesvorsitzender
der KAB Deutschlands

Unsere Forderungen*

Arbeit muss menschenwürdig sein!

Stärken Sie die soziale Dimension der EU.

- ★ Sorgen Sie dafür, dass die EU die „Europäische Säule der sozialen Rechte“ rasch in konkrete politische Maßnahmen umsetzt.
- ★ Setzen Sie sich für menschenwürdige Arbeitsbedingungen ein. Arbeitnehmer*innen müssen einen Anspruch auf durchsetzbare Rechte haben.
- ★ Sorgen Sie dafür, dass die EU eine Vorreiterrolle bei der Verteidigung, Förderung und Umsetzung der Arbeitsnormen der „Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)“ übernimmt.
- ★ Sorgen Sie dafür, dass durch eine überarbeitete Arbeitszeitrichtlinie Arbeitszeiten unter Wahrung der Gesundheit, Sicherheit und Menschenwürde gesichert werden.
- ★ Setzen Sie sich für die Wiedereingliederung des Sonntagschutzes in das EU-Recht ein. Der Sonntag muss in der überarbeiteten Arbeitszeitrichtlinie als kollektiver Ruhetag geschützt sein.
- ★ Sorgen Sie dafür, dass die Langzeitarbeitslosigkeit in der EU durch eine maßgeschneiderte Unterstützung bei der Arbeitssuche, durch Qualifizierung und einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt eingedämmt wird.

Arbeit muss nachhaltig sein!

- ★ Sorgen Sie dafür, dass Gerechtigkeit und die Sorge um die Schöpfung zu obersten Prinzipien in der EU werden.
- ★ Setzen Sie sich dafür ein, dass die Klima-, Beschäftigungs- und Armutsziele der „UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ Ziele einer neuen EU-Strategie 2030 werden.
- ★ Setzen Sie sich dafür ein, dass die Schaffung umweltgerechter Arbeitsplätze und Unternehmen gefördert sowie die Entwicklung sozialwirtschaftlicher Unternehmen unterstützt werden.
- ★ Setzen Sie sich dafür ein, dass Festanstellungen in der EU zur Regel werden. Zeitarbeit muss in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden.
- ★ Setzen Sie sich dafür ein, dass ein europäischer Übergangsfond geschaffen wird, damit Arbeitnehmer*innen beim Übergang in die neue, digitale Arbeitswelt gefördert werden.
- ★ Sorgen Sie dafür, dass der Zugang zum Sozialschutz für alle Beschäftigungsformen gewährleistet wird und in allen Beschäftigungsformen Sozialversicherungsansprüche erworben werden.
- ★ Setzen Sie sich dafür ein, dass Familienangehörige, die ihre Kinder erziehen und sich um ältere Menschen kümmern, einen Zugang zu einer Krankenversicherung sowie einen Anspruch auf eine angemessene Rente haben.

Arbeit muss mitbestimmt sein!

- ★ Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU den Dialog mit den Sozialpartnern, der Zivilgesellschaft und den Kirchen fördert und sie in die Gestaltung und Umsetzung der europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik einbezieht.
- ★ Sorgen Sie dafür, dass der „soziale Dialog“ durch regelmäßige Konsultationen, Verhandlungen und Informationsaustausch auf allen Ebenen intensiviert wird.
- ★ Setzen Sie sich dafür ein, dass der Europäische Rat eine umfassende Richtlinie beschließt, die Regelungen für eine einheitliche Unternehmensbesteuerung in der EU beinhaltet sowie Maßnahmen, die eine Steuervermeidung von Unternehmen verhindert.
- ★ Die Besteuerung insbesondere von multinationalen und digitalen Unternehmen muss dazu beitragen, Mittel für die Finanzierung des Übergangs zu einer menschenwürdigen, nachhaltigen und mitbestimmten Zukunft der Arbeit aufzubringen.

*Beschluss KAB Bundesausschuss 10.11.2018.

